

**Ergebnissicherung zum Fachgespräch
„Einschränkungen des Sozialleistungsanspruchs für EU-Bürger/-innen -
Auswirkungen und Handlungsoptionen?“ am 20. Juni 2017
Kurzfassung**

Schilderung aktueller Problemlagen aus der Beratungspraxis:

- Jeden Sachverhalt durchklagen, aber keine Ressourcen dafür und wo kein Kläger da kein Richter
- Kettenreaktion bei Betroffenen > Räumungsklage + Stromabstellung
- Kindergeldeinstellung mit dem Hinweis, weisen sie nach, dass sie GEZ oder Miete zahlen
- Almosensystem
- Scheinarbeit wird unterstellt seitens der JC + Einstellung der Leistungen
- Ausgrenzung von Roma, die ausharren
- Anschläge in Form von Brandstiftung auf Roma-Unterkunft in FfM
- Enorme Verzweiflung seitens der Betroffenen Stichwort „Arbeitsausbeutung“
- Überbrückungsleistungen werden nicht beantragt
- Verfestigung von Arbeitsausbeutung
- Abschiebung in ehrenamtliche Strukturen bzgl. Gesundheitsversorgung
- Mehr Verfahren vor dem Sozialgericht
- Obdachlosigkeit betrifft zunehmend auch Familien mit Kindern
- Ärzte und Krankenkassen verweigern Behandlung bzw. Aufnahme
- Gesundheitliche Situation ist prekär
- Sozialpolitik wird durch Ordnungspolitik ersetzt
- Androhung der Inobhutnahme der Kinder, teilweise auch vereinbart zum Schutz der Kinder
- nur mündliche Aussagen, keine Bescheidungen
- Dolmetscher sollen mitgebracht werden
- Wer die Sprache nicht spricht, wird weggeschickt
- Ansprüche nur vorübergehend im Eilverfahren
- Ordnungsrechtliche Verpflichtung der Unterbringung an sozialrechtliche Ansprüche gebunden
- Ausschluss vom kommunalen Unterbringungssystem mit Ausnahme der Winternothilfe
- Letzte Hoffnung Sondertöpfe oder Hilfsfonds wie z.B. in FfM
- Antragstellung nicht möglich
- Unterlagen verschwinden
- Existenznot
- SGB II Fordern und Fördern, letzteres entfällt komplett
- Angst Leistungen zu beantragen wg. Verlust des Aufenthaltsrechts
- Institutioneller Rassismus
- Enorme Verelendung
- Rechtsgutachten vs. Praxis

Mögliche Handlungsoptionen:

- Rechtsgutachten
- Strategische Prozessführung (BVerfG + BSG haben Fälle vorliegen) > Verbandsklagerecht
- Dokumentation von Fällen > Fallsammlung (EU-AN Gleichbehandlungsstelle hat bereits angefragt)

Berlin, den 02.11.2017

Für Rückfragen und Anregungen:

Claudia Karstens

Referentin für Migrationssozialarbeit und Jugendsozialarbeit

Abteilung Migration und Internationale Kooperation

Der Paritätische Gesamtverband, Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin

Telefon: 030 24636-406

E-Mail: mgs@paritaet.org